

Nah am Menschen, stark im Wandel



1. Ordentlicher Länderrat 2026
Sassnitz, 28. Juni 2026

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 28.06.2026
Tagesordnungspunkt: W Nah am Menschen, stark im Wandel

Antragstext

- 1 Deutschland im Sommer 2026: Ein erschöpftes, gereiztes, Orientierung suchendes
- 2 Land geht in die Sommerferien. Ein Land, das nach Halt sucht, sich Sorgen um den
- 3 Zusammenhalt macht. Viele haben das Gefühl, dass die Gemeinschaft
- 4 auseinanderdriftet, dass nicht mehr selbstverständlich ist, was uns lange
- 5 getragen hat. Gleichzeitig kommen viele Menschen zusammen, um gemeinsam etwas zu
- 6 schaffen, sei es im Job, in Vereinen oder in der Nachbarschaft. Menschen
- 7 arbeiten gemeinsam an Projekten, unterstützen sich im Alltag oder schauen
- 8 einfach gemeinsam Fußball. Sie investieren, allen politischen Fehlentscheidungen
- 9 zum Trotz, in die Transformation, beweisen Risikobereitschaft und übernehmen
- 10 Verantwortung.
- 11 Es ist keine normale Zeit, kein normales Jahr, kein normaler Sommer. Es ist der
- 12 Sommer, in dem sich Demokrat*innen darüber bewusst werden müssen, was es zu
- 13 bewahren, was es zu erkämpfen gilt. Es ist der Sommer, in dem sie alle
- 14 Überzeugung, alle Kraft, alle Kreativität, alle Entschlossenheit mobilisieren
- 15 müssen. In Sachsen-Anhalt steht die Frage im Raum, ob erstmals seit 1945 eine
- 16 Partei in der Traditionslinie der Nationalsozialisten, eine
- 17 verfassungsfeindliche Partei, nicht nur Diskursmacht erhält, sondern auch
- 18 Regierungsmacht übertragen bekommt. Dieses Szenario ist den Umfragen zufolge
- 19 weder ausgemacht noch ausgeschlossen. Es kann aber auch ganz anders kommen.
- 20 Für Resignation, für Fatalismus und Trägheit gibt es keinen Anlass, ganz im
- 21 Gegenteil. Wir sind davon überzeugt, dass sich dieser Einsatz lohnt und dass er
- 22 wirkt. Als Demokrat*innen gehen wir selbstbewusst und mit geradem Rücken und
- 23 skizzieren, was sich alles erreichen lässt. Wir wollen das Versprechen erneuern,
- 24 dass Veränderung Verbesserung bedeuten kann. Hoffnung ist keine naive Haltung,
- 25 Hoffnung ist eine politische Praxis. Hoffnung heißt nicht: „Alles wird gut.“
- 26 Hoffnung heißt: Es ist noch nicht entschieden und Handeln ändert etwas.
- 27 In dieser Zeit braucht es eine Bundesregierung, die das Land stabilisiert, die
- 28 Halt und Orientierung gibt und die Hoffnung und Zuversicht stiftet. Die
- 29 Verunsicherung ist real. Und sie hat handfeste Gründe. Viele Menschen sorgen
- 30 sich vor einer Ausweitung des Krieges in Europa. Diese Sorge nehmen wir ernst,
- 31 und wir geben darauf eine klare Antwort: Sicherheit entsteht nicht durch
- 32 Beschwichtigung, sondern durch verantwortungsvolle Stärke. Wir stehen
- 33 solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine und aller Menschen, die
- 34 unter kriegesischen Konflikten leiden. Wir wissen, dass Deutschlands Sicherheit
- 35 in einem geeinten, handlungsfähigen Europa, das sich klar zur Unterstützung der
- 36 Verteidigung der Ukraine verpflichtet, am besten aufgehoben ist. Europäische

37 Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck, sondern unser stärkster Schutz gegen
 38 Aggressoren von außen und gegen das Chaos, das Trump in die Welt bringt.

39 Sicherheit heißt für uns auch Sicherheit vor wirtschaftlichem Abstieg,
 40 Sicherheit in der Energieversorgung, ein verlässlicher Sozialstaat. Für nicht
 41 wenige ist allein durch gestiegene Sprit- und Kerosinkosten der lange geplante
 42 Urlaub nicht drin oder wird eingeschränkt. Die Unsicherheit, was im Herbst, im
 43 Winter oder im nächsten Jahr an zusätzlichen Belastungen kommen mag, ist groß.
 44 Unsere Volkswirtschaft in einer andauernden strukturellen Krise, die Sorge um
 45 wirtschaftlichen und in der Folge auch persönlichen Abstieg treibt die Menschen
 46 um.

47 Wir stehen vor zentralen Weggabelungen: Lernen wir aus den Fehlern der
 48 Vergangenheit und lösen wir uns aus der Abhängigkeit von Öl und Gas? Oder machen
 49 wir das Gegenteil, schlicht der Ideologie halber oder als Kniefall vor dem
 50 fossilen Lobbyismus? Gibt es noch Entlastung für die besonders unter den Preisen
 51 leidenden Menschen? Oder landen die mühsam zusammengesuchten Steuergelder am
 52 Ende doch zu relevantem Anteil bei den Mineralölkonzernen und nicht in den
 53 Portemonnaies der Bürger*innen? Erneuert die Politik das Versprechen, dass das
 54 Leben für die Menschen funktioniert, dass der Alltag bezahlbar ist

55 dass der Staat seinen Aufgaben nachkommt und jede und jeder den gleichen Zugang
 56 zu seinen Angeboten und Institutionen hat? Oder bleibt der zeitnahe
 57 Facharzttermin ein Privileg für Besserverdienende, die Kita-Betreuung vor Ort
 58 ein Glücksspiel, die Mobilität ohne kostengünstiges 9-Euro-Ticket weiterhin eine
 59 Frage des Geldbeutels und der Fahrplan eine grobe Orientierung?

60 Die Bundesregierung setzt der Verunsicherung leider wenig entgegen, sondern
 61 befeuert sie durch ständigen Streit. Tatkraft und Lösungskompetenz,
 62 Kompromissfähigkeit und Weitsicht fehlen. Die Koalitionspartner haben sich
 63 ineinander verhakt, sind von inneren Kämpfen ermattet, bewegungsunfähig, nervös
 64 und kraftlos. Das Einzige, worauf sich Union und SPD verlässlich verständigen
 65 können, sind Rückschritte im Klimaschutz – auch auf Kosten unserer Sicherheit
 66 und des Geldbeutels der Bürger*innen.

67 Wenn der Bundeskanzler über Mathematik und Demografie spricht, hören viele
 68 Menschen: Kälte. Härte. Kahlschlag. Kein Wunder, dass Gewerkschaften und
 69 Sozialverbände gegen den drohenden Abbau sozialer Rechte und sozialer Standards
 70 Sturm laufen. Denn das, was von der Regierung in diesen Tagen als Reform
 71 präsentiert wird, führt in Wahrheit nur dazu, dass das Leben sehr vieler
 72 Menschen schlechter und schwerer wird. Deshalb gilt unsere Solidarität den
 73 Familien und Arbeitnehmer*innen und all denen, die sich für sie einsetzen.

74 Es braucht eine klare Perspektive, wofür es sich zu kämpfen lohnt, was erreicht
 75 werden kann, wenn alle mitmachen. Eine Perspektive, dass die Belastungen gerecht
 76 ausgestaltet und fair verteilt und eben nicht einseitig bei denen abgeladen
 77 werden, die sich am wenigsten wehren können. Diese Perspektive, dieser Aufbruch
 78 fehlt. So kann man ein Land in der Krise nicht regieren, so kann man es nicht
 79 aus der Krise führen. Das Ergebnis ist eine lange nicht dagewesene Verhärtung

80 der politischen Debatten, innerhalb der Koalition, zwischen den Sozialpartnern
81 und in der Gesellschaft.

82 Während die Regierung aktuell nur Privilegien und Reichtum schützt, selbst aber
83 keine Reformen schafft, sind wir bereit, gerecht zu reformieren, zu hinterfragen
84 und haben Lust darauf, Neues zu gestalten. Wir sehen die Zukunft nicht nur als
85 Risiko, sondern vor allem als große Chance. Deshalb wollen wir diese Zuversicht
86 raubende Dynamik des schwarz-roten Regierungsalltags durchbrechen und ihr einen
87 hoffnungsstiftenden Zukunftsmut entgegensetzen. Bei den nötigen Reformen geht es
88 darum, den Sozialstaat zu erhalten und an den Stellen, an denen er heute noch
89 nicht ausreichend Schutz für die Menschen bietet, zu stärken, und nicht
90 abzubauen. Bei den Belastungen heißt das, zuerst bei denen anzusetzen, die sie
91 am ehesten schultern können – und nicht bei denen, die ohnehin kaum noch über
92 die Runden kommen. Es heißt, Privilegien und Reichtum nicht unangetastet zu
93 lassen, während alle anderen den Gürtel enger schnallen sollen.

94 Dabei ist für uns klar, dass historische Errungenschaften der
95 Arbeiter*innenbewegung wie beispielsweise der gesetzliche Kündigungsschutz oder
96 die gesetzliche Tageshöchst Arbeitszeit erhalten bleiben müssen, auch wenn wir
97 Beschäftigten ermöglichen wollen, bei der Erbringung ihrer Arbeitszeit in
98 Absprache mit ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern individuelle und flexible
99 Modelle festzulegen. Gerechte Reformen bedeuten, dort anzusetzen, wo Vermögen
100 seit Jahren wachsen und nicht da, wo arbeitende Menschen immer stärker unter
101 Druck stehen.

102 **Volle Kraft voraus**

103 Mit dem Rückenwind aus dem Frühjahr gehen wir voller Motivation in die
104 anstehenden Wahlkämpfe. In Hannover und Lüneburg wollen wir die Rathäuser
105 verteidigen. In Berlin wollen wir das Rote Rathaus gewinnen. Unser Einsatz bei
106 den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern entscheidet
107 nicht nur darüber, wie viele Prozente BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils erreichen
108 wird – sondern ob überhaupt noch eine stabile Regierung unter Demokrat*innen in
109 Magdeburg und Schwerin gebildet werden kann. Dieser Verantwortung und politische
110 Tragweite, die weit über die Grenzen Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns
111 hinausreicht, sind wir uns bewusst. Wir glauben fest an den Wiedereinzug in
112 beide Landtage. Wir geben dafür heute ein klares Versprechen: Diese Wahlen sind
113 nicht die Wahlen der beiden Landesverbände allein. Es sind unsere Wahlen.

114 Wir erleben eine Gesellschaft, der nicht egal ist, in welchem Land wir leben.
115 Die unzähligen kleinen und großen Demonstrationen nach dem Treffen
116 Rechtsextremer in Potsdam 2024 oder der gemeinsamen Abstimmung der Union mit
117 Rechtsaußen im Bundestag 2025 haben gezeigt, dass das Land Haltung beweist. Wir
118 wollen diese Kraft der Zivilgesellschaft stärken und den Menschen ein Angebot
119 machen für Demokratie und Freiheit und gegen Rechtsextremismus einzutreten. Wir
120 erleben eine Partei, die so motiviert ist wie noch nie. Dutzende Kreisverbände
121 und hunderte Einzelpersonen aus dem ganzen Land nehmen Urlaubstage, um im
122 Wahlkampf zwischen Rügen und Saale-Unstrut mit anzupacken. Die
123 Spendenbereitschaft ist enorm. Unsere Landesverbände sind hochmotiviert.

124 Wir bauen auf der Strukturarbeit auf, die im letzten Jahr eine neue Intensität
 125 und Dimension erlangt hat. Die Zahl der Kreisverbandspartnerschaften steigt
 126 kontinuierlich. Diente der erste Ostkongress im letzten Jahr zur kritischen
 127 Bestandsaufnahme und Analyse, zeigt der diesjährige Kongress erste Konsequenzen
 128 auf. Die Präsenz des Bundesverbands in den ostdeutschen Landesverbänden hat sich
 129 spürbar gesteigert, der neu eingerichtete Vorstandsbeirat tagt und berät zu
 130 grüner Kommunikation, Sichtbarkeit vor Ort und einer stärkeren Wirksamkeit
 131 grüner Politik. Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament haben neue
 132 Büros in Brandenburg und Thüringen eröffnet. Wir begrüßen es, wenn weitere
 133 Abgeordnete dem folgen und neue Formate der Wahlkreis-Arbeit erproben und z.B.
 134 Beratungs- oder Sprechstunden anbieten. Programmatik, Haltung und Kommunikation
 135 der Bundespartei haben sich gewandelt. Wir sind zunehmend vor Ort ansprechbar
 136 und stehen an der Seite der Menschen, die sich jeden Tag für die Demokratie und
 137 eine freie Gesellschaft einsetzen.

138 Mit diesem Beschluss setzen wir genau dort an. Wir werben bei den Wähler*innen
 139 nicht nur dafür, die taktisch beste Wahl zu sein, um eine Machtübertragung an
 140 Rechtsextreme zu verhindern. Wir haben konkrete Vorschläge, die das Leben in
 141 Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und im ganzen Land verbessern,
 142 im Hier und Jetzt und für das Morgen.

143 Wir sind uns der unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Regionen
 144 bewusst. Ja, es gibt strukturelle Unterschiede. Doch der Abbau der Unterschiede
 145 ist nicht nur eine Entwicklung für diese Region, er ist Herausforderung für
 146 Alle. Es geht darum, strukturelle Gerechtigkeitslücken zu schließen und neue
 147 Perspektiven zu schaffen.

148 **Energie, die sich rechnet**

149 Saubere Energie ist nicht Verzicht, sondern der günstigste Weg zu bezahlbarem
 150 Strom, neuer Wertschöpfung und guten Arbeitsplätzen vor Ort. Wir sorgen dafür,
 151 dass die Kostenvorteile der günstigen Erneuerbaren endlich dort ankommen, wo die
 152 Energiewende gemacht wird – gerade in Ostdeutschland. Das ist gerecht: In den
 153 ostdeutschen Ländern decken die Erneuerbaren schon rund 75 Prozent der
 154 Stromversorgung – weit mehr als der Bundesschnitt von rund 56 Prozent. Mehr als
 155 ein Drittel der rund 30.000 Windenergieanlagen an Land stehen im Osten – pro
 156 Kopf dreimal so viele wie anderswo, beim Solarstrom fast doppelt so viel. Die
 157 ostdeutschen Länder sind Energieregionen und sollen es bleiben. Gleichzeitig
 158 gilt: Wer die Energiewende so trägt, soll zuerst von ihr profitieren. Als
 159 Bündnisgrüne haben wir die EEG-Beteiligung der Kommunen von 0,2 Cent je
 160 Kilowattstunde umgesetzt. Das bringt Geld für Schulen, Feuerwehr und Kitas.
 161 Jetzt braucht es Beteiligungsgesetze in allen Ländern – gut, dass es sie jetzt
 162 schon an vielen Stellen gibt. Vor Ort hat das spürbare Vorteile: von günstigeren
 163 Strompreisen bis zu Cash in die kommunalen Kassen.

164 Dafür setzen wir auf regionale Preissignale, dynamische Netzentgelte und Energy
 165 Sharing. Regionale Preissignale machen Wind- und Sonnenstrom dort günstig, wo
 166 die Anlagen stehen – effizienter, günstiger, mit direkter Teilhabe. Die genaue
 167 Zahl der Regionen bzw. auch ein langfristiger Übergang zu knotenscharfen Preisen
 168 (Nodal Pricing) ist dabei so zu gestalten, dass der Zuschnitt die Netze

169 entlastet, die Systemsicherheit und Stabilität stärkt, unsere industriellen
 170 Kerne erhält, neue Produktionen ermöglicht und den Markt liquide hält. Eine
 171 Aufteilung in nur zwei Gebotszonen lehnen wir klar ab: Anders als ein
 172 netzscharfer Zuschnitt folgt sie keiner Engpassgrenze, sondern einer politischen
 173 Linie – sie würde das Land spalten, ohne die Kostenvorteile für alle zu heben.
 174 Gleichzeitig steuern wir mit dynamischen Netzentgelten Flexibilität und
 175 netzdienliche Speicher marktwirtschaftlich. Wer Strom nutzt, wann und wo er
 176 entsteht, wird belohnt. Dafür starten wir eine Digitalisierungs-offensive für die
 177 Netze mit Standards für digitale Anschlussverfahren, transparenten Informationen
 178 und einem geordneten Verfahren zur Priorisierung knapper Anschlusskapazitäten.
 179 Individuelle Netzanschlussvereinbarungen zwischen Netzbetreiber und
 180 Netznutzenden genauso wie die sogenannte Überbauung schaffen zusätzliche
 181 Kapazität, um bestehende Netze bestmöglich zu nutzen und Ausbau zu vermeiden.
 182 Mit Energy Sharing teilen Bürger*innen, Genossenschaften und Betriebe selbst
 183 erzeugten Strom in der Nachbarschaft. Das ermöglichen wir endlich und machen es,
 184 wo netzdienlich, finanziell attraktiv und niedrigschwellig zugänglich.
 185 Erneuerbare-Energien-Anlagen, Batteriespeicher, Rechenzentren oder
 186 Industriebetriebe sollen nicht länger auf den Netzausbau warten müssen. Dafür
 187 synchronisieren wir Anschluss- und Ausbauplanung und beschleunigen Planungs- und
 188 Genehmigungsverfahren für Netze konsequent weiter.

189 Wir wollen ermöglichen und nicht abwürgen, wie es bei Umsetzung der aktuellen
 190 Vorschläge der Bundesregierung zum Netzenspassmanagement drohen würde. Wir
 191 wollen, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern, den kommunalen
 192 Akteuren sowie den Energiemarktakteuren verlässliche Regeln entwickelt, die die
 193 regionalen Unterschiede beim Stand der Energiewende und dem Netzausbau
 194 berücksichtigen. Auch die Verteilnetzplanung muss dafür verbindlicher werden.
 195 Wir müssen die Pflicht der Netzbetreiber zum bedarfsgerechten Ausbau erhalten,
 196 um die Energiewende nicht zu gefährden.

197 Mit Märkten, die die Realität im Netz abbilden, sorgen wir für grüne Energie aus
 198 der Region, für die Region. All das macht Strom günstiger, Heizen, Kühlen und
 199 Elektromobilität wird bezahlbarer. So verdrängen wir über eine schnellere
 200 Elektrifizierung Öl und Gas. Hierfür haben wir im vergangenen Herbst bereits
 201 umfassende Beschlüsse vorgelegt. Davon profitiert das ganze Land: weniger
 202 Netzenspässe und teure Noteingriffe, weniger neue Gas-Kraftwerke, ein stabiles
 203 Stromsystem auch in unruhigen Zeiten, die Systemkosten fallen für alle. Die
 204 wenigen Back-up-Kraftwerke, die wir für die Systemstabilität noch brauchen,
 205 laufen zu Beginn mit Gas, dann mit grünem Wasserstoff.

206
 207 Regionale Preissignale setzen Anreize zudem für die Produktion grünen
 208 Wasserstoffs, gerade dort, wo viel erneuerbare Energien vor Ort vorhanden sind.
 209 Wir wollen die Elektrolyse von Wasserstoff weiter anreizen, um die
 210 klimafreundliche Modernisierung von Industrieregionen wie dem Mitteldeutschen
 211 Chemiedreieck mit zigtausenden Industriearbeitsplätzen voranzutreiben und den
 212 Beschäftigten eine dauerhafte Perspektive zu bieten. Die Grundlage für künftige
 213 Erfolge haben wir bereits in der letzten bündnisgrünen Regierungsbeteiligung
 214 gelegt: Die längste umgewidmete und zusammenhängende Wasserstoffpipeline „Flow“

215 von Lubmin nach Bobbau, von Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen-Anhalt, zeigt
 216 beispielhaft, wie mit der Umstellung fossiler Erdgasleitungen zur
 217 Wasserstoffpipeline gewachsene Strukturen in Industrieregionen zukunftsfest
 218 gemacht werden.

219

220 Wir brauchen den Wasserstoff auch für die geplanten Gaskraftwerke. Da der
 221 Kohleausstieg marktgetrieben schneller vorangeht, brauchen wir auch hier
 222 gesicherte Leistung. Es ist ein schwerer Fehler, dass die Kraftwerksstrategie
 223 von Katherina Reiche die Bedarfe der ostdeutschen Länder nicht berücksichtigt
 224 und keine Vorgaben für die Umstellung auf grünen Wasserstoff macht.

225 Gerade im Sommer gilt: Wer sein E-Auto mittags lädt, dem schickt die Sonne keine
 226 Rechnung. Mit dem Solarbonus geben wir 600 kostenlose Sonnenstunden an Haushalte
 227 und Betriebe weiter. Regionen mit über 100 Prozent erneuerbarer Erzeugung
 228 bekommen 300 Stunden extra. Wo Strom günstig und sauber ist, siedeln sich
 229 Rechenzentren, grüner Wasserstoff und neue Industrien an. Das bedeutet
 230 Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze vor Ort. Gleichzeitig gilt: Kein
 231 bestehender Industriestandort wird schlechtergestellt; stromintensive Betriebe –
 232 egal wo – schützen wir vor Mehrkosten, etwa über einen Industriestrompreis
 233 finanziert mit den Effizienzgewinnen der Reform. So macht sich die Energiewende
 234 mit schwarzen Zahlen auf der Stromrechnung bezahlt – fair für die Regionen,
 235 günstiger für alle, stark für den Standort.

236 **Starke Wirtschaft durch Innovation**

237 Wir streiten für einen starken Wirtschaftsstandort. Dafür braucht es weniger
 238 Bürokratie, günstigere Energie, mehr Fachkräfte, gute Arbeitsbedingungen und
 239 ausreichend Investitionen in Infrastruktur. Aber die Schlüssel für eine
 240 zukunftsfähige Wirtschaft sind Forschung an neuen Technologien und die
 241 Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Neue Unternehmen mit modernen, nachhaltigen
 242 Technologien helfen auch dabei, strukturelle Unterschiede zwischen West- und
 243 Ostdeutschland abzubauen.

244 Grüne Wirtschaftspolitik dient den Menschen und vereint Innovation,
 245 Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit: regionale Wertschöpfung statt fragiler
 246 Abhängigkeiten, eigene Technologieführerschaft statt verlängerter Werkbank,
 247 nachhaltige Investitionen statt kurzsichtiger Profitorientierung.

248 Innovation entsteht im Mittelstand. Wir wollen Investitionen fördern, indem wir
 249 Gewinne, die in Forschungs-, Innovations-, oder Modernisierungsinvestitionen
 250 fließen, besserstellen als Gewinne, die ausgeschüttet werden. Wir setzen uns
 251 konsequent für den Mittelstandsfonds ein, der durch öffentliches und gehebeltes
 252 privates Kapital eine wichtige Lücke bei der Finanzierung von mittelständischen
 253 Investitionen schließen würde. Außerdem braucht der Mittelstand Fairness in der
 254 Unternehmensbesteuerung, die wir durch konsequente Besteuerung von
 255 multinationalen Konzernen erreichen wollen.

256 Innovation entsteht in Start-Ups. Wir wollen es Pensionskassen und
 257 Versicherungen ermöglichen, stärker in Venture-Capital-Fonds zu investieren und
 258 so Wachstumsfinanzierung für Start-Ups bereitzustellen. Damit ein europäisches

259 Start-Up künftig nicht 27-mal Recht, Steuern und Bürokratie neu anwenden muss,
 260 wenn es in Europa wachsen will, fordern wir eine schnelle Einführung einer neuen
 261 europäischen Rechtsform als sogenanntes 28. Regime.

262 Innovation entsteht in der Forschung. Es braucht eine gezielte Stärkung der
 263 Hochschulfinanzierung. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen deutlich
 264 mehr als 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung
 265 investieren. Um Ausgründungen und IP-Transfers aus Hochschulen zu fördern,
 266 verschaffen wir den Start-Up-Factories einen Schub und stärken die EXIST-
 267 Hochschulförderung in der Breite.

268 **Entlastung, die da ankommt, wo sie gebraucht wird**

269 Menschen mit geringen und mittleren Einkommen leiden am meisten unter steigenden
 270 Preisen. Sie brauchen strukturelle Entlastung und das klare Zeichen, dass sich
 271 Mehrarbeit auch finanziell lohnt. Der Staat muss den arbeitenden Menschen ein
 272 armutsfestes Einkommen ermöglichen. Menschen müssen von ihren Löhnen leben
 273 können. Das ist nicht nur ein Gebot der grundlegenden Gerechtigkeit, sondern
 274 auch Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft und Motor der
 275 Binnennachfrage.

276 Wir wollen den jährlichen Grundfreibetrag um 500 Euro anheben. Das bedeutet für
 277 eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern eine Entlastung von rund 120 bis
 278 150 Euro im Jahr. Den Arbeitnehmerpauschbetrag wollen wir auf 1.500 Euro erhöhen
 279 und so auch für eine deutliche Bürokratieentlastung sorgen. Für sehr hohe
 280 Einkommen wollen wir eine neue Tarifstufe einführen. Ab einem zu versteuernden
 281 Einkommen von 120.000 Euro soll diese bei 45 Prozent starten und ab 250.000 Euro
 282 bei 48 Prozent liegen.

283 Um sowohl diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen als auch Unternehmen zu
 284 entlasten, müssen wir auch die Sozialabgaben angehen und ihren Anstieg bremsen.
 285 Die Bundesregierung hat zum Beispiel die Chance verpasst, die
 286 Krankenkassenbeiträge um 2 Prozentpunkte zu senken. Das hätte eine vierköpfige
 287 Familie mit mittlerem Einkommen um rund 800 Euro pro Jahr entlastet. Wir
 288 unterstützen jene Vorschläge der Kommission zur Modernisierung des Sozialstaats,
 289 die dazu führen, dass Sozialleistungen Menschen einfacher und verständlicher
 290 erreichen und die gleichzeitig Einsparpotenziale bieten. Entscheidend sind
 291 einheitliche Definitionen, Vereinfachung, Digitalisierung und Automatisierung.

292 Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind von steigenden Preisen
 293 überdurchschnittlich betroffen. Sie brauchen unsere vorrangige Unterstützung.
 294 Die Anrechnungsregeln beim Unterhaltsvorschuss sollen so reformiert werden, dass
 295 künftig mindestens die Hälfte des Kindergeldes bei den Alleinerziehenden
 296 ankommt. Das Ehegattensplitting soll für neue Ehen weiterentwickelt und der
 297 Splittingvorteil auf die Übertragbarkeit des Grundfreibetrags begrenzt werden.
 298 Das eingesparte Geld soll durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und des
 299 Kinderfreibetrags bei den Familien bleiben, wodurch gerade Familien mit geringem
 300 Einkommen profitieren. Um die Vereinbarkeit von Job, Haushalt und Betreuung zu
 301 erhöhen, führen wir ein Gutscheinmodell ein, mit dem Familien Zuschüsse für

302 haushaltsnahe Dienstleistungen erhalten. Außerdem wollen wir die steuerliche
303 Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten deutlich erhöhen.

304 Angesichts der zweiten fossilen Energiepreiskrise in wenigen Jahren braucht es
305 auch hier Entlastungen an der richtigen Stelle. Die Stromsteuer muss endlich für
306 alle gesenkt werden, für Haushalte sowie für kleine und mittlere Unternehmen,
307 nicht nur für die große Industrie. Das entlastet sofort und setzt gleichzeitig
308 den richtigen Anreiz Richtung Elektrifizierung. Eine Senkung der Netzentgelte
309 durch geringere Kosten beim Netzausbau und die Einführung eines
310 Amortisationskontos, dass die Kosten über mehrere Generationen verteilt, würde
311 die Menschen und Betriebe zusätzlich bei der monatlichen Stromrechnung
312 entlasten.

313 Fast die Hälfte der Bürger*innen hat keine 2.000 Euro an Rücklagen. Sie stehen
314 bereits aufgrund einer kaputten Waschmaschine mit dem Rücken zur Wand. Wir
315 wollen den Sparerpauschbetrag von 1.000 Euro auf 2.000 Euro erhöhen, den
316 Zuschuss der Arbeitnehmer-Sparzulage fürs Fondssparen deutlich erhöhen und die
317 private Altersvorsorge durch einen Bürgerfonds mit automatischer Teilnahme für
318 alle bei Nichtwiderspruch stärken.

319 Damit diese Entlastungen finanziert werden können, müssen wir die existierenden,
320 offensichtlichen Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen. Bei der
321 Erbschaftssteuer wollen wir die 300-Wohnungen-Regelung und die 26-Millionen-
322 Regel abschaffen. Gewinne aus Krypto-Verkäufen müssen endlich besteuert werden.
323 Digitalkonzerne dürfen nicht länger ihre Gewinne ins Ausland verschieben können,
324 sondern sollen künftig 10 Prozent Digitalsteuer auf Umsätze in Deutschland
325 entrichten. Und ein stärkerer Einsatz gegen Finanzkriminalität versteht sich
326 eigentlich von selbst. Der jährliche Schaden durch Steuerhinterziehung wird
327 immerhin auf über 100 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Darüber hinaus braucht
328 es weitere Instrumente für mehr Verteilungsgerechtigkeit, insbesondere, um die
329 Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland anzugehen.

330 **Bildung und Kultur vor Ort: Zukunftschancen für alle!**

331 Bildung ist die Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft und unserer
332 innovativen Wirtschaft. Bildung ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Bei der
333 Bildung zu kürzen, ist nicht nur eine soziale Bankrotterklärung, sondern wird
334 unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig enorm schaden. Für uns ist klar: Jedes
335 Kind hat den Anspruch auf gute Bildung .

336 Gerade in sehr ländlichen Regionen wird dieser Anspruch durch Schulschließungen,
337 Unterrichtsausfälle und mangelnde Kinderbetreuung gefährdet. Es braucht mehr
338 Investitionen in Bildungseinrichtungen vor Ort, etwa durch eine Ausweitung des
339 Startchancen-Programms. Auch in sehr ländlichen Regionen sollte die nächste
340 Kinderbetreuung idealerweise nicht weiter als 15 Minuten entfernt sein und
341 örtliche Grundschulen erhalten bleiben.

342 Bibliotheken gehören zu den für alle zugänglichen Orte für Bildung und
343 Begegnung. Sie unterstützen gerade dort, wo Kinder zu Hause weniger
344 Möglichkeiten haben. Wir wollen, dass Bibliotheken flächendeckend erreichbar
345 sind und ihre unabhängige Arbeit fortsetzen können.

346 Viele Projekte des Bundesprogramms "Demokratie leben!" sorgen für
 347 Demokratiebildung und helfen, mit unterschiedlichen Ansichten und Meinungen
 348 umzugehen. Sie nehmen unsere Geschichte des Nationalsozialismus als
 349 immerwährende Verantwortung in den Blick und das Erbe der friedlich gebliebenen
 350 Revolution. Damit sind sie ein sehr wichtiger Ort von Bildung und Begegnung mit
 351 kompetenten Mitarbeitenden, die gerade auf dem Land im Osten Deutschlands
 352 erhalten bleiben müssen. Deshalb müssen das Bundesprogramm "Demokratie leben!"
 353 und weitere Demokratieförderprojekte erhalten und perspektivisch gestärkt werden.
 354 Auch die Förderrichtlinien müssen weiterhin klar erkennbare Schwerpunkte im
 355 Kampf gegen Rechtsextremismus aufweisen.

356 Kultur macht unser Zuhause aus. Gerade auf dem Dorf sind Kulturangebote oftmals,
 357 neben der Freiwilligen Feuerwehr oder der kirchlichen Jugendarbeit, die einzigen
 358 Orte neben der Schule, die Anknüpfungspunkte für Gemeinschaft und Engagement
 359 sind. Ob Chor oder Tanz, Malen oder Blaskapelle - mit der Kulturstiftung des
 360 Bundes oder vom Bund unterstützten Programmen wie „Land lebt doch“ oder
 361 „Neulandgewinner“ können solche ländlichen Projekte immer wieder gut unterstützt
 362 werden. Wir wollen dafür sorgen, dass sie künftig so ausgestattet sind, dass
 363 gute Projekte nicht am Geld scheitern, zumal in Ostdeutschland sehr viel weniger
 364 private Spenden oder Stiftungsgelder landen.

365 Öffentliche Räumen an denen Menschen gern zusammenkommen, weil sie unabhängig
 366 ihrer finanziellen Situation Zugang haben, sich wohlfühlen und austauschen
 367 können, sind existenziell für die Demokratie und müssen daher unsere Priorität
 368 sein.

369 **Auf geht's!**

370 Deutschland im Herbst 2026, wie wird es aussehen? Die Wahlen im September können
 371 eine große Wirkung über die jeweiligen Länder hinaus haben. Gleichzeitig ist es
 372 nicht weniger entscheidend, wie der Rest des Landes, wie die Politik darauf
 373 reagiert. Es geht nicht allein darum, die Demokratie zu verteidigen – es geht
 374 darum, sie zu leben, sie als alltägliche Haltung, vor allem auch als Tätigkeit
 375 zu begreifen. Ihr Versprechen zu erneuern.

376 Wir lieben unsere Demokratie. Sie braucht aber jeden Tag die Bereitschaft, sich
 377 selbst zu hinterfragen, für Offenheit im Diskurs einzutreten und den Menschen im
 378 Gegenüber zu sehen. Das ist unser Bündnisgedanke: Den Menschen zuzuhören und
 379 Fragen zu stellen, anderen Meinungen Raum zu geben und gleichzeitig unsere
 380 Positionen deutlich zu machen und für Zustimmung werben.

381 Nein, Deutschland ist nicht pauschal veränderungsmüde. Die Menschen sind es
 382 nicht. Viele, sehr viele, sind – ganz im Gegenteil – erneuerungsbegierig. Sie
 383 wollen den Kern dessen erhalten, was ihre Heimat prägt: Tradition und
 384 Zugehörigkeit, Gemeinschaft, Geborgenheit und Sicherheit. Und sie wissen, dass
 385 sich dafür Dinge wandeln müssen, dass wir einiges ändern müssen. Sie sind bereit
 386 für Erneuerung. Wir sind es auch.